

STANDPUNKT: ES KOMMT BEWEGUNG IN DIE INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK



Prof. Dr. Reimund Schwarze arbeitet am UFZ im Bereich „Ökonomie des Klimawandels“ und ist Sprecher für dieses Thema im Rahmen der Klimainitiative der Helmholtz-Gemeinschaft. Zudem ist er in gemeinsamer Berufung mit dem UFZ Professor für Internationale Umweltökonomie an der Universität Frankfurt (Oder). In den letzten Jahren beobachtete er die Klimakonferenzen der UN, nahm am 23. September auch am Sondergipfel in New York teil und berichtete via Scilogs und Twitter @UFZ_de.

e-mail: reimund.schwarze@ufz.de

Auf dem UN-Sondergipfel zum Klimaschutz in New York sollten die politischen Weichen für ein neues Klimaabkommen in Paris im nächsten Jahr gestellt werden. Ban Ki Moon hatte sich große Ziele gesetzt: Die weltgrößten CO₂-Emittenten China und USA sollten zu ambitionierten Klimaschutzzusagen bewegt und Milliarden für ein grünes Wachstum in den Entwicklungsländern aufgebracht werden.

Rekordverdächtig schon der Auftakt. Über 300.000 Teilnehmer beim historischen „People’s Climate March“ in den Straßen von Manhattan, unter den Demonstranten Ban Ki Moon, Al Gore, Leonardo DiCaprio und viele andere Prominente. Gleichzeitig gingen Zehntausende in weltweit 150 anderen Städten auf die Straße und demonstrierten die Macht sozialer Netzwerke. Dann der Tag der Wirtschaft. Starke Bekenntnisse zum grünen Wachstum von Multis wie Ikea und Pirelli, vor allem aber aus einer mächtigen weltweiten Allianz von Technologieproduzenten, grünen Stromerzeugern und Finanzinvestoren wie Bloomberg New Energy Finance, die bereits heute Hunderte von Milliarden US-Dollar bewegen.

130 Staatsoberhäupter waren dem Ruf des UN-Generalsekretärs nach New York gefolgt. Einige hatten kurz zuvor abgesagt, wie Chinas Xi Jinping und Indiens Narendra Modi, bedauerlicherweise auch Bundeskanzlerin Merkel. Das Politikeraufgebot im Hauptquartier der UN war dennoch beeindruckend. Jedem Sprecher waren nicht mehr als vier Minuten Redezeit gegeben, um in knappen, klaren Worten darzulegen, was sie konkret tun oder zu tun gedenken, um das Zweigradziel im globalen Klimaschutz zu erreichen. Die Augen der Welt waren dabei vor allem auf die USA und China gerichtet.

Obama hatte der Weltöffentlichkeit nichts Neues zu bringen außer seiner „historischen Klimainitiative“ vom Jahresanfang:

17 Prozent weniger Treibhausgasemissionen in den USA bis 2020 im Vergleich zu 2005. Mehr ist innenpolitisch derzeit leider nicht möglich, auch keine neuen Finanzzusagen für den Grünen Klimafonds. Der Vizepremier und Sonderbeauftragte der chinesischen Regierung Zhang Gaoli hatte zwar auch keine klar definierten Klimaschutzziele zu vermelden, aber er kam mit der Zusage der Verdopplung seiner Beiträge für die Umweltorganisationen der UN auf zwölf Millionen US-Dollar pro Jahr.

Das scheint denn auch die Kompromissformel von New York: Geringe Ambitionen der Industrieländer beim Klimaschutz, aber die Bereitschaft, den Entwicklungsländern erhebliche Summen für grünes Wachstum zu zahlen. So versprach Frankreichs Premier Hollande eine Milliarde US-Dollar für den Grünen Klimafonds in den nächsten vier Jahren. Damit überholte er die Finanzzusagen von Bundeskanzlerin Merkel, denn Deutschland zahlt die gleiche Summe gestreckt über neun Jahre. Mit weiteren Millionensummen folgten Südkorea, die Schweiz sowie Dänemark, Norwegen und Schweden. Sogar das kleine Tschechien versprach 5,5 Millionen für den UN-Klimafonds. Dafür gab es ein Sonderlob für die Europäer und Südkorea im Abschlusskommuniqué von Ban Ki Moon. Die jährlich 15 Milliarden US-Dollar, die die kleinen Inselstaaten und viele Umweltschutzorganisationen fordern, kommen so zwar nicht zustande, aber selbst wenn nur fünf bis zehn Milliarden Dollar bis zum Treffen in Paris für den UN-Klimafonds aufgebracht würden, ließe sich damit ein vielfach größeres Investitionsvolumen für Klimaschutzprojekte in den Entwicklungsländern mobilisieren.

Darum ist Bans Schulterschluss mit der Wirtschaft strategisch so wichtig. Ein Bündnis großer institutioneller Investoren, darunter der Schwedische Pensionsfonds (AP4) und Chinas Internationaler Kapitalfonds (CICC) verpflichteten sich beim Gipfel, unter den gestrengen Augen des Carbon Disclosure-Projekts bis Ende 2015 100 Milliarden US-Dollar in die kohlenstoffarme Entwicklung zu investieren. Gleichzeitig forderten sie aber von der Politik verlässliche Rahmenbedingungen, etwa den „Preis für Kohlenstoff“. Der könnte als CO₂-Steuer umgesetzt werden, wie von Weltbank-Chef Jim Yong Kim gefordert, oder als eine Vielfalt „marktbasierter Maßnahmen“, die zu einer Bepreisung von Kohlendioxid auf kleinem Niveau führen.

„Es liegt was in der Luft“, so eröffnete Ban den von ihm persönlich motivierten und sorgfältig gestalteten Klimasondergipfel. Auch wenn der Gipfel von den Ereignissen im Irak und Syrien teilweise überschattet wurde und für einen kurzen Moment an einer radikalen „Occupy Wallstreet“ zu scheitern drohte, ist hier Bewegung in die Klimapolitik gekommen. Vieles wird daran hängen, dieses Momentum in Lima und Paris zu erhalten.